

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illust. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bot-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.
44. Jahrgang.

N 129.

Dienstag, den 2. November

1897.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 flg. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Zwidau im Monat September ds. Jrs. festgesetzte und um Fünft vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen im Monat Oktober d. J. an Militärpferde zur Verabreichung gelangende Marschjournee beträgt: für 50 Ko. Saser 3 M. 40 Pf., für 50 Ko. Sen 3 M. 94 Pf. und für 50 Ko. Stroh 3 M. 15 Pf.

Schwarzenberg, am 30. Oktober 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Führ. v. Wirking.

Bekanntmachung,

die Deklaration zur Einkommensteuer betreffend.

Anlässlich der Einschätzung zur Einkommensteuer für das Jahr 1898 sind Auforderungen zur Deklaration des Einkommens ergangen.

Diejenigen Personen, denen hierbei eine solche Aufforderung nicht zugegangen ist, können eine Deklaration über ihr Einkommen bis **12. November ds. Jrs.** bei der unterzeichneten Stelle einreichen, woselbst in der Stadtsteuereinnahme Formulare hierzu unentgeltlich abgegeben werden.

Gleichzeitig werden alle Vormünder, Vertreter von Stiftungen, liegenden Erbschaften u. s. w. hierdurch aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen oder vertretenen Stiftungen u. s. w., insofern sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben, binnen gleicher Frist eine Deklaration allhier einzureichen, wenn auch die Zustimmung einer besonderen Aufforderung hierzu nicht erfolgen sollte.

Eibenstock, am 30. Oktober 1897.

Der Rath der Stadt.

Seffe.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Fleischermeisters **Karl Rudolf Möckel** in **Schönheide** wird heute am 12. Oktober 1897, Nachmittags 6 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Justizrath Landrock in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **12. November 1897** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 4. November 1897, Vormittags 11 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 25. November 1897, Vormittags 11 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemein-schuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **20. November 1897** Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber:

Aktuar Friedrich.

Sparkasse zu Morgenröthe = Nautenfranz

wird am 1. November dieses Jahres eröffnet.

Einlagen werden von derselben **Mittwoch** und **Sonnabend** jeder Woche im **Gemeindeamt** (Märker's Fabrik in Nautenfranz) Vorm. 9—12 Uhr und Nachm. 3—6 Uhr entgegengenommen und mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinst.

Die Gemeinde Morgenröthe-Nautenfranz haftet für die Verbindlichkeiten, welche die Sparkasse nach Maßgabe der bestehenden Sparkassenordnung übernimmt.

Die erfolgten Einzahlungen werden streng **geheim** gehalten.

Morgenröthe-Nautenfranz, am 25. Oktober 1897.

Der Gemeinderath.

Benedict, Gemeindevorstand.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Durch Wolff's Telegr. Bureau wird folgende Bekanntgabe verbreitet: „Nachdem der Bundesrath seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen hat, wird demnächst der Entwurf der Militärstrafprozessordnung zur Beratung und Beschlussfassung gelangen. Damit ist die Vorlage des Entwurfs an den Reichstag gesichert.“ — Hierzu bemerken die „Berl. N. Nachr.“: Diese Mittheilung darf wohl in dem Sinne gedeutet werden, daß der Kaiser den vor Monaten an ihn gerichteten Bedenken des preussischen Staatsministeriums zu dem aufgestellten Entwurf nachgegeben hat. Damit würde nicht nur die Kanzlerkrise aus der öffentlichen Diskussion ausschneiden, sondern auch für die bevorstehende Parlamentarisation ein erfreuliches Prognostikon gewonnen sein. Unsere Regierung bedarf dringend einer That. Ohne eine solche und ohne einen vollen Erfolg würden die nächsten Reichstagswahlen leicht einen sehr bedenklichen Charakter annehmen. Die Vorlesung eines annehmbaren und auch den unantastbaren Interessen des Heeres Rechnung tragenden Militärstrafgesetzbuchs würde wesentlich dazu dienen, das Ansehen der Regierung wieder zu erhöhen und der im gefährlichen Wachen begriffenen Agitation aller reichsfeindlichen Elemente das Wasser abzugraben.

— Der Reichstag wird sich in seiner nächsten Tagung aller Wahrscheinlichkeit nach wieder einmal mit der Frage der Einführung einer Wehrsteuer beschäftigen. Der Verband deutscher Kriegsveteranen, gegenwärtig etwa 38,000 alte Krieger zählend, wird nämlich, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, dem Reichstage eine Eingabe vorlegen, welche die Einführung einer Wehrsteuer vorschlägt, um mit dem Ertrage derselben die Kriegsinvaliden und die Wittwen der Gefallenen auskömmlich versorgen zu können. Diese Eingabe der Veteranen unterstützt der ständige Kyffhäuser-Ausschuß der vereinigten deutschen Kriegervereine. Derselbe bittet im Namen von 1½ Millionen ehemaliger deutscher Soldaten um Besserstellung der Invaliden und der Hinterbliebenen und beantragt gleichfalls die Einführung der Wehrsteuer. Gegenwärtig besteht, wie hierzu bemerkt ist, in seinem deutschen Staate eine Wehrsteuer; Bayern und Württemberg hatten 1868 eine solche Steuer eingeführt, die jedoch wieder in Wegfall gekommen ist. Im Jahre 1881 lag dem Reichstag ein Wehrsteuer-Gesetzentwurf vor, der jedoch aber nicht zur Annahme gelangte.

— In der Presse ist häufig genug darauf hingewiesen worden, daß der in der Reichsgewerbeordnung vorgesehene Schutz von Arbeitswilligen gegenüber ihren streikenden Genossen unzureichend ist. Zur Verbesserung einer verstärkten Sicherheit in der gekennzeichneten Richtung ist von einer an den Ausständen mittelbar beteiligten Seite nunmehr ein einleitender Schritt unternommen worden. Der geschäfts-

führende Ausschuß des Innungs-Verbandes Deutscher Bau-gewerksmeister hat an den Bundesrath, das Reichs-Justizamt und die Staatsministerien der deutschen Bundesstaaten eine mit eingehender Begründung versehene Darstellung gerichtet, in welcher dieselben ersucht werden: in Aufsichtsweg Anordnungen zu treffen, durch welche die Verwaltungs- und Polizeibehörden angewiesen werden, innerhalb der gesetzlichen Grenzen den arbeitswilligen und friedliebenden Arbeitern nachhaltigen Schutz gegen Vergewaltigungen durch ruh-süchtende Personen zu verschaffen und den Anklagebehörden das Erheben der öffentlichen Anklage gegen solche, insbesondere gegen die Leiter der Streikbewegung als Anstifter dazu, anempfohlen wird.

— Bisher durften weibliche Personen zur Verwaltung von Postagenturen der Reichspost nicht angenommen werden. Dies führte öfter insofern zu Härten, als beim Tode eines Postagenten die Agentur der Wittve oder einer erwachsenen Tochter, selbst wenn sie früher den Postdienst vertretungsweise zur vollen Zufriedenheit versehen hatte, nicht übertragen werden konnte. Nunmehr ist nachgegeben worden, daß dies für die Folge geschehen kann, wenn ein solcher Wunsch ausgesprochen wird, vorausgesetzt, daß die sonst zu stellenden Anforderungen erfüllt sind.

— Berlin. Die Zahl der Damen, die an der hiesigen Friedrich-Wilhelm-Universität den Vorlesungen der Professoren beiwohnen, hat noch niemals eine solche Höhe erreicht, wie mit Beginn dieses Winter-Semesters. Ungefähr 200 jüngere Damen haben sich für den Besuch der Vorlesungen vorchristlich angemeldet und sind auf Grund ihrer Zeugnisse zu denselben zugelassen worden. Die Vorlesungen, welche die Damen hören, erstrecken sich auf das Gebiet der juristischen, medizinischen und philosophischen Fakultät, sobald das weibliche Element in den meisten Fächern vertreten ist. Der Verkehr zwischen den Damen und ihren männlichen Kommilitonen beschränkt sich auf die Austauschung einiger äußerlichen Höflichkeitsbezeugungen, während von einer sonstigen Annäherung beider Theile weder in den Auditorien noch in der Vorhalle der Universität die Rede ist. (?)

— Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus ist es zu Scenen gekommen, die alles dort bisher Dagewesene übertreffen. Die Mehrheit hatte, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen für die nächsten Tage Abend-sitzungen beschlossen, deren erste am Donnerstag stattfand. Die deutsche Opposition hatte beabsichtigt, diese Sitzung dadurch unmöglich zu machen, daß einer ihrer Redner eine endlose Rede halten sollte, die bis zum späten Abend gedauert haben würde. Der Vorsitzende aber bereitete das durch Unterbrechung der Tages-sitzung um 1/3 Uhr u. Anberaumung der Abend-sitzung mit dem Ausgleichs-provisorium als Tagesordnung. Indem die Mehrheit beschloß, neben den Tages-sitzungen, auf deren Tagesordnung die Ministeranlage wegen

der Sprachenverordnungen steht, Abend-sitzungen zu halten mit der Tagesordnung: erste Lesung des Ausgleichs-provisoriums — hat sie einen nicht beschönigenden Bruch der Geschäftsordnung bezogen. Daher auch die energische und in ihrem Endzweck völlig berechtigte Opposition der deutschen Opposition. Der Abg. Lecher, von dessen Dauerrede schon telegr. berichtet wurde, setzte seine Oppositionsrede von Donnerstag Abend 9 Uhr bis Freitag Vormittag 9 Uhr ununterbrochen fort. Er schloß seine ungläubliche oratorische Leistung, die von wiederholten, langandauernden Weisfalschalen der Linken (um dem Redner zum Ausruhen Gelegenheit zu geben) unterbrochen worden war, mit den Worten: „Die Deutschen in Oesterreich werden sich weder ergeben, noch sterben.“ Der Redner wurde von der Linken stürmisch begrüßt; die Abgeordneten schwenkten mit Tüchern. Der von der Linken beantragte Singschluß wurde in zwei namentlichen Abstimmungen abgelehnt. Unter fortwährenden furchtbaren Tumulten wurde die Sitzung bis Abends 7 1/2 Uhr fortgesetzt. Im Ganzen hat dieselbe 27 Stunden gedauert. Verschiedene Abgeordnete wurden ohnmächtig, andere versanken in tiefen Schlaf und waren kaum mehr zu erwecken. Es verlautet, die Mehrheit sei müde und sehe ein, daß die Durchbringung der ersten Lesung des Ausgleichs-provisoriums gegenüber der Opposition nunmehr unmöglich sei, da die letztere entschlossen ist, mit allen Mitteln zu verhindern, daß Baden dem Kaiser bei dessen Rückkunft aus Budapest mittheilen könne, die erste Lesung sei vollzogen.

Was nun geschehen soll, weiß Niemand. Das Ministerium Badeni scheint nach wie vor ratlos zu sein und sich weder zu einer energischen That aufzuffassen noch zu seinem Rücktritt entschließen zu können, welcher vielleicht das einzige Mittel wäre, dem Chaos ein Ende zu machen. Am Sonnabend ist Kaiser Franz Joseph von Pest nach Wien abgereist. Möglicherweise wird die Anwesenheit des Monarchen in der österreichischen Hauptstadt eine Wendung der Dinge im Gefolge haben und eine baldige Lösung der Krise nach der einen oder anderen Richtung hin herbeiführen. So wie bisher kann es jedenfalls nicht mehr lange fortgehen.

Das äußere Bild des Sitzungssaales wird in der „N. Fr. Presse“ folgendermaßen geschildert. „Die Rechte machte sich die Sache leicht. Während Dr. Lecher sprach und die Opposition durch Lärm und Zwischenrufe die Sitzung verzögerte, weilten die Abgeordneten der Rechten im Duffet und in den Nebenräumen des Hauses. Ihre Aufpuffer im Saale verständigten sie von den Vorgängen. Man hatte alle Stühle und Bänke in den Couloirs in dem großen Empfangssaale zu Schlafstellen hergerichtet; die galizischen Bauern lagen mit ihren hohen Stiefeln auf den langen Bänken, das Gesicht mit einem Sackuch zugedeckt und schnarchten. In einigen Zimmern hatten sich Abgeordnete der Rechten Spieltische